

# Rente mit



Der öffentliche Dienst will erfahrene Mitarbeiter länger halten – mit Gehaltszuschlägen und neuen Altersgrenzen  
VON LEONIE SEIFERT

**D**er Mord an dem Münchner Schauspieler Walter Sedlmayr war der grausamste Fall in Josef Wilflings Karriere. Sedlmayr wurde hingegerichtet, mit einem 30 Zentimeter langen Messer und einem Schlosserhammer. 2000 Hinweisen ging der Oberkriminalrat Josef Wilfling nach, bis nach Kroatien führte ihn eine Spur. Die Ermittlungen dauerten vier Jahre. Wilfling hat die ganz großen Fälle geklärt, er hat Kindermörder, Serienkiller, Vergewaltiger und Psychopathen gestellt. Er war bekannt für seine Verhöre, fast 100 Fälle hat er gelöst, seine Aufklärungsquote lag bei fast 100 Prozent. Bis zuletzt ist er nachts zu Tatorten gefahren, zu Leichen in Wohnzimmern oder am Seeufer. 42 Jahre lang war Wilfling bei der Polizei. Inzwischen ist der ehemalige Leiter der Münchner Mordkommission zu alt. Vor einem Jahr musste er in Rente gehen. Obwohl er weitermachen wollte.

Josef Wilfling scheint damit so etwas wie eine Ausnahme zu sein, ein Sonderfall. Er hätte gerne noch länger gearbeitet, nicht kürzer. Und für ihn gilt ohnehin eine frühere Altersgrenze. Im bayerischen Polizeidienst scheidet man normalerweise schon im Alter von 60 Jahren aus. Wilfling beantragte zweimal, ein weiteres Jahr arbeiten zu dürfen. Einem dritten Antrag aber, glaubt er, hätte der Personalrat, der über die Altersgrenze wacht, nicht zugestimmt. Also hörte er mit 62 Jahren auf.

So speziell der Fall des Kriminalisten wirkt, so deutlich zeigt er doch, dass die Menschen unterschiedlich auf ihren Ruhestand blicken. Die einen wollen so früh wie möglich aus ihrem Berufsleben aussteigen, die anderen würden gerne bis 70 wei-

termachen. In der Öffentlichkeit sorgt die Rente mit 67 für große Schlagzeilen. Befürworter und Gegner streiten verbissen darum, ob die reguläre Altersgrenze steigen soll oder nicht. Dabei stellen sich in der realen Arbeitswelt viel kompliziertere Fragen. Und dort hat auch längst ein Wandel hin zu mehr Flexibilität begonnen, den vor wenigen Jahren noch niemand kommen sah. Das gilt sogar für die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst. Dieser galt in der Vergangenheit immer als besonders starr und reformresistent. Inzwischen aber tut sich eine Menge in den Verwaltungen von Bund und Ländern. Immer mehr Behörden stellen sich auf die alternde Gesellschaft ein und schaffen neue Möglichkeiten für den Übergang in Rente oder Pension.

## Schon heute arbeiten Beamte länger als noch vor ein paar Jahren

In den vergangenen Jahren sind einige Beamte sogar vor Gericht gezogen, um länger im Dienst bleiben zu können. Insbesondere Richter und Professoren klagen vor den Verwaltungsgerichten, weil sie selbst entscheiden wollen, wann sie aufhören. Starke Altersgrenzen verstießen gegen das EU-Verbot der Altersdiskriminierung, lautete ihr Argument. Gleichzeitig gibt es Berufsgruppen im öffentlichen Dienst, die sich besonders belastet und ausgelaugt fühlen, zum Beispiel Lehrer. Viele von ihnen würden gerne früher in den Ruhestand gehen.

Die Länder versuchen, diesen unterschiedlichen Wünschen gerecht zu werden, und gestalten den Übergang in den Ruhestand zunehmend flexibler. So können zum Beispiel im Saarland Beamte, die 65 Jahre alt sind, die aber

weiter arbeiten möchten und mit ihrem Wunsch beim Dienstherrn auf offene Ohren stoßen, über die Regelarbeitszeit hinaus ihrem Job nachgehen. »Fast überall wird die Regelaltersgrenze erhöht, sodass man freiwillig bis 67 arbeiten kann«, hat Beamtenechtsexperte Ulrich Battis von der Humboldt-Universität in Berlin registriert. Thüringen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gehen noch weiter und haben den Eintritt in den Ruhestand mit 70 möglich gemacht. Früher war Längerarbeiten nur möglich, wenn es »im dienstlichen Interesse« lag. Heute steht in fast allen Landesgesetzen oder Gesetzesentwürfen, dass das »Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand um bis zu drei Jahre« dann möglich sei, wenn »dienstliche Gründe nicht entgegenstehen«. Eine Änderung also zugunsten der Beschäftigten.

Um Beamte länger im Dienst zu halten, will zum Beispiel Rheinland-Pfalz künftig sogar einen Zuschlag von acht Prozent auf das Grundgehalt zahlen, wenn jemand länger als bis 65 arbeitet. Sonderregeln gibt es für Polizisten. Die dürfen mancherorts früher gehen, insbesondere wenn sie lange in der Hubschrauberstaffel oder im Schichtdienst gearbeitet haben. »Die Restrukturierungen zeigen, dass es im öffentlichen Dienst angekommen ist, dass er flexibel sein muss. Es dürfen nicht länger überall und für jeden die gleichen starren Regeln gelten«, sagt der Verwaltungsforscher Werner Jann von der Universität Potsdam.

Schon heute arbeiten die Beamten deutlich länger als vor einigen Jahren. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Pensionseintritte im unmittelbaren öffentlichen Dienst – sprich bei direkt von Bund, Ländern und Kommunen Beschäftigten – mit 65

## Lehrer vorn

Personal im öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen



ZEIT-Grafik/Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 2009

Jahren zwischen 1993 und 2008 von 3110 auf 16 639 gestiegen. Bei den Lehrern stieg die Zahl von 498 auf 7682. Dabei spielt allerdings auch eine Rolle, dass es heute mehr Arbeitnehmer im rentennahen Alter gibt als Anfang der neunziger Jahre.

Das Problem: Es fehlt zugleich an Nachwuchs. Durch den demografischen Wandel kommen Engpässe auf den öffentlichen Dienst zu. Noch arbeiten für Bund, Länder und Kommunen 4,5 Millionen Menschen, als Beamte und Angestellte. Laut dem Deutschen Beamtenbund wird in den kommenden zehn Jahren jeder Fünfte von ihnen in den Ruhestand gehen. Schon jetzt gebe es eine Lücke

von 50 000 Beschäftigten. Vor allem in den Schulen, beim Zoll, in den Finanzämtern und bei der Bundeswehr fehlten Arbeitskräfte. »Es darf keinen Aufschub mehr geben, die Probleme anzugehen«, sagt Peter Heese, Chef des Beamtensbundes. »Um qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, muss der öffentliche Dienst attraktive Lohnangebote machen«, ergänzt er.

Das geschieht bereits. Lange galt im öffentlichen Dienst das Senioritätsprinzip – nicht die Leistung wurde bezahlt, sondern das Alter der Angestellten. Im Ergebnis wurden die teuren Alten gerne rausgeschickt, wo immer das möglich war, und dafür billige Junge eingestellt. Bei den Beamten richtet sich die Höhe der Besoldung heute immer noch insbesondere nach dem Dienstalter. Langsam setzt sich aber zumindest partiell die Bezahlung nach Leistung durch. In allen Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes und im Beamtenrecht ist sie inzwischen geregelt, und sie gilt heute für immerhin zwei Prozent der Lohnsumme. Nur in den Tarifverträgen der Länder wurde sie wieder gestrichen. »Aus Konkurrenzgründen werden die Länder bedröhren müssen, auch weil die jungen Leute das so wollen«, sagt Battis von der Humboldt-Universität.

Für Josef Wilfling, den Münchner Polizisten, kommt die neue Flexibilität, kommen die vielen Änderungen zu spät. Mit seiner Pensionierung geht eine Menge Erfahrung und Können verloren. Allerdings arbeitet Wilfling auch jetzt in seinem offiziellen Ruhestand noch weiter, nur anders als bisher. Er hat ein Buch über seine spannendsten Mordfälle geschrieben – Titel: »Abgründe«. Er ist damit auf Lesereise durch Deutschland. Und ein paar Mal im Jahr unterrichtet er außerdem angehende Polizisten in »Vernehmungslehre«.

## MACHER UND MÄRKTE

### Start-Stopp hilft

Erstaunliches brachte die neueste Analyse zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß europäischer Neuwagen im Jahr 2009 durch die europäischen Umweltwächter von **Transport & Environment (T&E)**: Viele Autohersteller könnten die verbindlichen EU-Vorgaben für das Jahr 2015 von durchschnittlich 130 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer deutlich vorher erreichen. Toyota und PSA Peugeot-Citroën stehen kurz davor, aber auch BMW und Fiat sind nur noch acht Prozent vom markenspezifischen Ziel entfernt. **Gerd Lottsiepen** vom ökologischen Verkehrsclub **VCD** wertet dies als klaren Beleg, dass seinerzeit aufgrund des massiven Drucks der Autoindustrie »viel zu lasche Vorgaben« beschlossen wurden.

»Die Anpassung und der Einsatz der neuen Technik ging deutlich schneller und vielfach kostengünstiger als erwartet«, analysiert unabhängig davon auch **Ferdinand Dudenhöffer** vom CAR-Center Automotive Research der Universität Duisburg-Essen. Dazu gehörten neben sparsamen Hybridsystemen wie beim neuen Toyota Auris effizientere und kleinere Motoren, Leichtlaufreifen und die vergleichsweise preiswerten Start-Stopp-Systeme, die den Motor etwa beim Ampelhalt vorübergehend ausschalten. Allein durch



Sind die CO<sub>2</sub>-Ziele für die Autobauer zu lasch?

Letztere ließen sich im Stadtverkehr zwischen 5 und 12 Prozent Treibstoff einsparen. Insgesamt habe »die Regulierung in der europäischen Automobilindustrie die größte Innovationswelle seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst«.

Umso unverständlicher ist es nicht nur für den ökologischen Verkehrsclub, sondern auch für den Wissenschaftler, dass die deutsche Regierung unter **Angela Merkel** derzeit im Verein mit Frankreich in Brüssel so vehement für eine Aufweichung der von der EU für Transporter geplanten CO<sub>2</sub>-Grenzwerte kämpft. Bislang werde hier etwa das Einsparpotenzial von Gasantrieben kaum genutzt, sagt Dudenhöffer. Härtere Standards hätten einen nützlichen Effekt: »Die europäische Industrie gewinnt Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.«

DHL

### Sterntaler

Das Magazin *stern* startet an diesem Donnerstag mit einer elektronischen Ausgabe für den Tablet-Computer von Apple, das iPad. Der stellvertretende Verlagsleiter, **Tobias Seikel**, sagt: »Unser Ziel ist es, Mitte nächsten



Das Magazin »stern«, gegründet 1948

Jahres jede Woche eine überzeugende fünfstellende Anzahl des *sterns* in seiner digitalen Form zu verkaufen.« Der Preis liegt bei 2,99 Euro.

Der *stern* ist publizistisches Aushängeschild des größten europäischen Zeitschriftenverlags – Gruner + Jahr in Hamburg – und somit ein Gradmesser, welche Chance digitale Bezahangebote haben. Der Verlag betreibt auch noch

einen elektronischen Kiosk namens Pubbles für eigene Zeitschriften und die Blätter anderer Verlage. Zu haben sind dort bisher 34 Titel und diverse Bücher. GOH

### Steter Strom

Alle reden von regenerativen Energien, subventionieren im großen Stil Solar und Windräder und vergessen darüber die Wasserkraft: Ihr Anteil an der Stromerzeugung in der EU ging zuletzt von 19 auf 15 Prozent zurück. Damit liegt sie zwar noch weit vor

# 15

Prozent des Stroms kommen aus Wasserkraftwerken

den anderen regenerativen Energiequellen und auf demselben Niveau wie die Atomkraft. Weltweit werden jedes Jahr 2,3 Billionen Kilowattstunden Strom mit Wasser erzeugt, so viel wie in 400 Kernkraftwerken. Allein in Deutschland stehen 7800 Wasserkraftwerke. Trotzdem liegen weltweit noch gigantische Reserven brach, mit denen nach Schätzung von Experten der Strombedarf gedeckt werden könnte. SSCH



## Wir digitalisieren weltweit die Dokumente von Procter & Gamble. Damit sie sich nicht mehr darum kümmern müssen.

Mit den Druck-Services von Xerox kann Procter & Gamble mehr Dokumente digitalisieren, das Druckvolumen um 8 Mio. Seiten reduzieren und zusätzlich 30% Energie einsparen. So kann sich Procter & Gamble ganz auf seine Stärken konzentrieren: das Leben der Menschen zu erleichtern – mit Marken, die sie schätzen.

RealBusiness.com/de

Ready For Real Business **xerox**



© 2010 XEROX CORPORATION. Alle Rechte vorbehalten. XEROX, XEROX and Design® und Ready For Real Business sind Marken der Xerox Corporation in den USA und/oder anderen Ländern. Alle anderen Logos, Warenzeichen, eingetragenen Warenzeichen oder Handelsmarken sind Eigentum ihrer jeweiligen Besitzer.